

SPD - Kreistagsfraktion

im

Landkreis Ansbach



Vorsitzende: Petra Hinkl, Herbststr. 24, 91560 Heilsbronn, Tel. 09872/2070, email: hinkl.petra@gmail.com

Haushaltsrede 2021

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Haushaltsberatungen 2021 stehen mit der Coronapandemie unter dem Eindruck einer Krise, wie sie unser Land seit vielen Jahrzehnten nicht erlebt hat. Seit fast einem Jahr leben und arbeiten wir alle mit Hygienekonzepten, Abstandsregeln und Mund-Nasen-Schutz, schlagen uns mit Homeoffice, Kurzarbeit und Homeschooling herum, Kindern und Jugendlichen bleibt, der für sie so wichtige Kontakt mit Gleichaltrigen weitestgehend versagt, viele Senioren leben in großer Isolation.

Wir tun dies mit dem Ziel das Infektionsgeschehen unter Kontrolle zu bringen und zu halten, die besonders gefährdeten Bürgerinnen und Bürger zu schützen und unser Gesundheitssystem nicht zu überlasten.

Die einschränkenden Maßnahmen haben auch Einfluss auf die Arbeit der Fraktionen des Kreistages und die Ausschüsse genommen: Veranstaltungen, ein wichtiger Begegnungsort mit Bürgerinnen und Bürgern haben seit Monaten nicht stattgefunden. Das Ringen um die richtige Beurteilung und Entscheidungen der vielen Sachthemen, der politische Diskurs ist in den Präsenzveranstaltungen in ein enges Zeitkorsett geschnürt. Deshalb müssen wir in diesem Jahr leider auch auf Haushaltsreden und eine ausführliche Aussprache im Kreistag verzichten.

Wir alle hoffen, dass die ergriffenen Maßnahmen und Einschränkungen die Trendwende herbeiführen und bald eine schrittweise Öffnung des öffentlichen Lebens ermöglichen werden.

Die langfristigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise sind Gegenstand vieler Spekulationen, letztlich aber noch nicht vollständig ab zu schätzen. Auch nicht für unseren Landkreis und seine Städte und Gemeinden.

Wirtschaft & Regionalmanagement

Die aktuelle Situation der Wirtschaft im Landkreis ist gut. Mit 3,2 % Arbeitslosigkeit liegt der Anteil unter dem bayrischen Durchschnitt von 4,2 %. Vor allem die für den Landkreis wichtige Kunststoff- und Automobilzulieferindustrie befindet sich aktuell im Wandel. Dieser wird die kommenden Jahre anhalten und sich wahrscheinlich noch verstärken. Wir befinden uns seit den 70er Jahren in einem industriellen Wandel, der nichts von seiner Dynamik verliert, sondern mehr und mehr Branchen und Arbeitsbereiche ergreift.

Bereits das „Handlungskonzept für ein Regionalmanagement“ von 2014 weist auf einen hohen Anteil an Beschäftigten ohne berufliche Ausbildung (21% LK AN; Bayern: 16%) hin. Der Zugriff auf höherqualifizierte Arbeitskräfte ist gering (LK AN 3%; Bayern 10%). „Dieses doppelte Handikap erschwert die rasche Anpassung an den sektoralen Strukturwandel, bremst die Produktivität und verspricht letztendlich auch den qualifiziert ausgebildeten jungen Menschen in der Region zu wenig berufliche Chancen.“ (Handlungskonzept S. 33). Auf der anderen Seite finden sich vor allem Frauen in Geringverdiener-Tätigkeiten, obwohl sie häufig höher qualifizierte Arbeiten übernehmen könnten.

Um den zukünftigen Herausforderungen zu begegnen müssen wir noch stärker als Partner für Unternehmen und Gründer*innen auftreten. Die Förderung des Freistaats (FöRLa II) für die Umsetzung von Projekten des Regionalmanagements muss gezielt genutzt werden, um die Transformation zu einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft im Landkreis zu unterstützen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue anzusiedeln.

Die Planung des Gewerbe- und Industriegebietes „Interfranken“ ist mit Abstand das größte Infrastrukturprojekt im Landkreis Ansbach seit Jahrzehnten. Geplant ist, ein sehr großes Areal bisher landwirtschaftlich genutzter Flächen in gewerblich und industriell genutzte Flächen umzuwandeln. Gerade aus dem o.g. Blickwinkel sind die aktuellen Entwicklungen im Bezug auf Interfranken zu begrüßen und sollten vom Landkreis weitere positiv unterstützt werden. Die SPD Fraktion wird die weiteren Planungen konstruktiv begleiten und legt Wert darauf, Fragen der Arbeitsplatzentwicklung ebenso im Blick zu haben wie ökologisches Augenmaß.

ÖPNV

Ohne ein eigenes Auto mobil sein zu können, wird in den kommenden Jahren wichtiger denn je. Vor allem für diejenigen, die nicht mehr fahren oder sich kein eigenes Auto leisten können. Das in einem so großen Verbund wie dem VGN Zielkonflikte zwischen dem Ballungsraum und unserer ländlichen Struktur entstehen, ist unumgänglich. Die Planung von 600.000 € für 2021 für den gemeinwirtschaftlichen Betrieb des Linienbündels 5 (Lehrberg; Linien 705, 706, 734) zeigt, wohin die Reise gehen kann. Eigentlich sollte die Einführung der Linienbündel den eigenwirtschaftlichen Betrieb von Buslinien attraktiver machen. Bei 13 Linienbündel und einer Einzellinie (Rothenburg-AN, 732) wäre ein gesamthafter gemeinwirtschaftlicher Betrieb nicht zu stemmen.

Es ist deshalb umso wichtiger, bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplans über das VGN-Gebiet hinauszublicken, um Lösungen zu finden, die sowohl eine flexiblere und bessere Anbindung auf dem Land ermöglichen, als auch die Kosten für die Allgemeinheit erträglich halten.

Die Einführung des 365-Euro-Tickets für Schüler*innen und Auszubildende ist gut und sinnvoll. Im nächsten Schritt halten wir die Ausweitung des Angebots auf Studierende und Senior*innen für sinnvoll und einen wichtigen Beitrag zur Verkehrswende. Das dies auch Auswirkungen auf die Finanzierung im VGN haben kann, ist uns bewusst. Es unterstreicht die Notwendigkeit neue, innovative Wege zu gehen.

Positiv zu sehen ist die jetzt in greifbarer Nähe stehende Verlängerung der S-Bahnlinie 4 bis Crailsheim. Der länderübergreifende S-Bahnverkehr ist ein wichtiger Beitrag zur besseren Verbindung über die Ost-West-Achse.

Das sich mit der Bayernbahn ein solventer Betreiber für die Hesselbergbahn gefunden hat, der die Strecke Gunzenhausen-Wassertrüdingen betreiben wird, ist zu begrüßen, da sie einen tatsächlichen Mehrwert für die Bevölkerung darstellt. Nachdem für den Streckenabschnitt Wassertrüdingen-Nördlingen seit verganginem Jahr der Reaktivierungsprozess gestartet ist, liegt es jetzt auch hier am Eisenbahninfrastrukturunternehmen ein tragfähiges Konzept vorzulegen.

Wie sich die Reaktivierung der Strecke Dombühl-Wilburgstetten gestaltet, liegt ebenfalls in der Hand eines möglichen Betreibers und der Frage, ob ein tragfähiges Konzept auf die Beine gestellt werden kann. Diese Strecke „als Rückgrat des ÖPNV“ im westlichen Landkreis zu sehen geht allerdings an den tatsächlichen Gegebenheiten vorbei und birgt die Gefahr, andere sinnvolle Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV in diesem Bereich nicht anzugehen.

Wertstoffhöfe

Die Behandlung des anfallenden Abfalls im Landkreis hat sich in den letzten Jahren stetig weiterentwickelt und ist aktuell bei allen Abfallfraktionen auf einem befriedigenden Niveau. Auch die finanzielle Belastung für die Bürgerinnen und Bürger, sowie den Landkreis ist durch das System der Rückerstattungen auf bayrischem Durchschnittsniveau. Dies muss auch zukünftig sichergestellt werden, damit finanziell schwache Haushalte nicht übermäßig belastet werden. Auf dieser Basis muss ein zukünftiger Schwerpunkt der Abfallwirtschaft des Landkreises sein, Maßnahmen zur Müllvermeidung zu initiieren.

Die SPD-Fraktion unterstützt die Absicht des Landratsamtes, die Organisation der Wertstoffhöfe zu überprüfen. Es wurde zur Vorbereitung eines Entwurfes über die Neuordnung der Wertstoffhöfe ein Arbeitskreis mit einem klaren Auftrag und einer zeitlichen Befristung gegründet.

Die SPD-Fraktion sieht die zukünftigen Herausforderungen im Bereich der Abfallwirtschaft und hofft in enger Abstimmung mit den Gemeinden auf ein zukunftsfähiges Konzept für die Wertstoffhöfe im Landkreis.

Gesundheitsversorgung

Unser Landkreis benötigt zur Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung ganzheitliche und moderne Versorgungsmodelle. Wir sehen im Bereich der ambulanten Gesundheitsversorgung den Schlüssel: die medizinischen Versorgungszentren ANregiomed GmbH als Bindeglied zwischen organisatorischem Dachverband und allgemeinärztlicher sowie fachärztlicher Struktur im ländlichen Raum. Gerade in den vergangenen Monaten der Coronapandemie ist deutlich geworden, wie wichtig der Klinikverbund ANregiomed mit seinen drei Standorten und MVZ für den Landkreis ist.

Die SPD-Fraktion steht hinter dem Medizinkonzept des „Gesundheits-Campus“ der drei Standorte Ansbach, Rothenburg und Dinkelsbühl und der Praxisklinik in Feuchtwangen sowie dem Kurzzeitpflegeangebot in Feuchtwangen und zukünftig auch in Dinkelsbühl.

Wir wollen weiterhin die stationäre Versorgung unserer Landkreisbevölkerung wohnortnah sicherstellen und werden deshalb alles unterstützen, was den zukünftigen Herausforderungen im Gesundheitswesen gerecht wird.

Der Trend, immer mehr Leistungen ambulant anbieten zu müssen, soll durch eine stärkere Anbindung der MVZ an die Kliniken Rechnung getragen werden, der Personalmangel im Pflegebereich muss durch eine qualifizierte Ausbildung vor Ort sichergestellt und verbessert werden.

Der Kostendruck in den Kliniken in Deutschland zwingt auch bei ANregiomed zu weiteren organisatorischen Maßnahmen der Effizienzsteigerung, die allerdings nicht auf Kosten der Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden und Qualitätsminderungen bei der Behandlung unserer anvertrauten Patienten führen darf.

Ein gutes stationäres Angebot gehört zur Daseinsvorsorge eines Landkreises, deshalb sind finanzielle Zuschüsse zur Sicherung der Angebote durch den Landkreis legitim. Wichtig ist allerdings, das hohe Defizit von ANregiomed im operativen Bereich deutlich zu verringern. Ein gutes und kooperatives Miteinander der beiden Träger des Klinikverbundes, Stadt und Landkreis Ansbach, sind die unabdingbaren Voraussetzungen, dass dies gelingen wird.

Die letzten Monate der guten und einvernehmlichen Zusammenarbeit auch im Verwaltungsrat lassen uns optimistisch in die Zukunft schauen.

Durch gestiegene Einsatzzahlen, einen größeren Personalstamm und erweiterte Aufgabengebiete wird ein Ersatzneubau der Integrierten Leitstelle nötig. Derzeit laufen die Vorplanungen und ein Auswahlverfahren des neuen Standortes im ZRF Ansbach. Hierdurch steigen auch die Umlagen für den Landkreis. Die prognostizierten Einsatzzahlen entwickeln sich nach oben. Während 2011 noch 23,5 Planstellen besetzt waren hat der RZV in seiner letzten Sitzung nach einem Gutachten einem Personaleinsatz von 37,5 Stellen zugestimmt. Diese Entwicklung wird von unserer Seite aus begrüßt und unterstützt.

Senioren

Im vergangenen Jahr wurde das Seniorenpolitische Gesamtkonzept fortgeschrieben. Die SPD Fraktion unterstützt die beschlossenen Maßnahmen. Die beiden Seniorenheime des Landkreises stehen wirtschaftlich und fachlich gut da. Gerade in den vergangenen Monaten hat sich ausgezahlt, dass bei den Themen gute Personalführung und Bezahlung in den letzten Jahren nach zum Teil intensiven Debatten, die richtigen Weichen gestellt wurden. Wichtig war und ist auch weiterhin eine klare Unterstützung der Geschäftsführung durch den Landkreis. Gerade im Moment bedarf es stetiger Abwägung zwischen Schutzbedürftigkeit und Einsamkeit der Bewohner und damit schwieriger Entscheidungen für Heimleitung und Geschäftsführung.

Richtungsweisend ist die Installierung einer unabhängigen Pflegeberatung für den Landkreis und die Besetzung mit einer Fachkraft. Damit ist Beratung vor Ort und Hilfestellung im Dschungel der Hilfsangebote im Bereich Pflege gesichert. Nach längeren Beratungen wurde nun endlich eine Erhöhung der Förderung der ambulanten

Pflegedienste um 60 000 Euro beschlossen. Allerdings müssen sich den Kuchen mittlerweile mehr Pflegedienste teilen.

Digitalisierung Schulen

Spät, aber immerhin wird nun konsequent die Digitalisierung an den 27 kreiseigenen Schulen angegangen. Von der Notwendigkeit muss nach den vergangenen Monaten mit Homeschooling wohl niemand mehr überzeugt werden. Neben der Ausstattung mit Hardware und Software geht es vor allem um den Aufbau einer IT - Landschaft unter Einbeziehung aller Förderprogramme an unseren weiterführenden Schulen. Trotz aktuell hoher Investitionen und Fördergeldern aus dem Digitalpakt werden auf Jahre hinaus hohe nicht förderfähige Kosten für den Landkreis bleiben. Nach Auffassung der SPD Fraktion ist dies gut investiertes Geld.

Die meisten Berufsbilder der Zukunft werden nicht ohne grundlegende Kenntnisse im Umgang mit Soft- und Hardware ausgeübt werden können.

Auch im Bereich der Erwachsenenbildung braucht es unserer Ansicht nach mehr Bildungsangebote im Bereich Informatik.

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
der Haushalt ist insgesamt ausgewogen und beinhaltet alle wichtigen Maßnahmen. Die Planung ist mit Blick auf die möglichen zukünftigen Entwicklungen umsichtig. Die SPD Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushalt zu. Wir bedanken uns bei Ihnen Herrn Landrat Ludwig und bei der Kämmerin Frau Schmidt, sowie der gesamten Verwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit.

26. Februar 2021
Petra Hinkl